

Europa-Anlass, Efficiency-Club

Der bilaterale Weg als beste EU-Nichtbeitritts-Strategie

Andrea Caroni, 31. August 2017

Geschätzte Damen und Herren

Vielen Dank für Ihre Einladung - aber vor allem für Ihr Buch. Just vor den Sommerferien fand ich **diesen schönen Band** in meinem Briefkasten. Das entspannte die Frage, was ich denn heuer an Lektüre in die Familienferien mitnehmen sollte. Angesichts meiner kleinen Kinder sind das sonst ja zumeist Werke mit Namen wie „Der Kleine Hase Hoppel“. Endlich also ein Buch für Erwachsene - und, obschon explizit für Erwachsene, ohne jede Anrühigkeit.

Im Gegenteil: Das aufgeworfene Thema der Rolle des Kleinstaats Schweiz in Europa ist so **zeitlos wie aktuell**. Werfen wir zunächst einen Blick zurück.

Als im April 1951 die **Montanunion**, gegründet wurde, nahm die Schweiz dies zur Kenntnis. Ans Mitmachen dachte niemand, verfügte unser Land damals wie heute doch über keine Kohle- und Stahlproduktion von irgendeiner Bedeutung.

Anders sah dies aus mit Blick auf die Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** und der damit einhergehenden Absicht der Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Die EG war zu Beginn der 1950er Jahre noch nicht aus der Taufe gehoben da wurde in der Schweiz schon heiss über Für und Wider eines möglichen Anschlusses an das sich abzeichnende europäische Projekt diskutiert.

Stellen wir uns also die **Herren** (alles Herren) **National- und Ständeräte** in den jeweiligen Aussenpolitischen Kommission vor, wie sie in den 50er-Jahren im Kommissionszimmer über der EG-Beitrittsfrage brüteten. Das war, wenn ich richtig gerechnet habe, noch vor Franz Jägers parlamentarischen Zeiten. Manchen rauchten wohl die Köpfe, bei anderen wiederum waren es möglicherweise der Pfeifen- oder Stumpenrauch, welche einfache Einsichten

erschweren. Schon damals stellte man sich die schwierige Frage: Beitreten oder nicht?. Man wollte am Aufschwung des gebeutelten Europa teilhaben. Dies jedoch nicht zu jedem Preis. Man suchte die Balance zwischen wirtschaftlichem Austausch einerseits sowie Eigenständigkeit andererseits. Ist das heute viel anders?

Machen wir also, meine Damen und Herren, einen Sprung in die **Gegenwart**.

Das Bundeshaus ist mittlerweile rauchfrei, was die Pfeifen und Stumpen betrifft - rauchende Köpfe sind aber immer noch zulässig und - gerade beim Thema „Europa“ weiterhin die Norm. **Wie soll es also weitergehen mit dem „Kleinstaat“ Schweiz**, gelegen inmitten des europäischen Kontinents?

Für mich persönlich wie auch für die FDP ist klar, dass ein **Beitritt** zur Europäischen Union für unser Land kein Ziel ist und auch keines werden soll.

Auch ist für uns klar, dass **enge Beziehungen und der Austausch** gerade in wirtschaftlichen Belangen - aber nicht nur - mit unseren Nachbarn - aber nicht nur - notwendig ist, will die Schweiz ihren Wohlstand erhalten und mehren. Ähnliches gilt auch für die Beteiligung der Schweiz in internationalen Gremien und Organisationen dort, wo es unserer Sache, also dem Wohlstand, der Freiheit, der Sicherheit dient. Am Rande sei allerdings bemerkt, dass einige dieser Organisationen, so die G20 oder die OECD, ziemlich aus dem Ruder laufen.

Noch konkreter auf die **EU und unsere Volkswirtschaft** gemünzt: Wir brauchen **Zugang zu den europäischen Märkten**. Abschottung und Autarkie sind keine Option. Wie Mit-Herausgeber Franz Jäger in seinem einführenden Beitrag treffend schreibt: *„Vor allem für Kleinstaaten, die wie etwa die Schweiz in den Wertekonsens eines freiheitlich-marktwirtschaftlichen Systems eingebettet sind, wird es ökonomisch auf lange Frist nur zum Vorteil gereichen, wenn sie ihren heimischen Binnenmarkt international öffnen, nicht ohne sich selber internationalen Marktzugang zu verschaffen“¹.*

Diesen Marktzugang haben wir durch das **Freihandelsabkommen von 1972 und zahlreiche weitere bilaterale Verträge**, namentlich den „Bilateralen I“,

¹ Konrad Hummler / Franz Jäger (Hrsg): Kleinstaat Schweiz, Zürich 2017, S. 27.

sichergestellt. Die Fakten dazu sind bekannt. 2015 betrug unser Handelsvolumen mit Baden-Württemberg rund 30 Milliarden Franken, jenes mit China auf gut 20 Milliarden. Wir verdienen jeden dritten Franken mit der EU, und das Volumen wächst in absoluten Zahlen.

Allerdings, das sei eingeräumt, wächst der Handel mit Nicht-EU-Staaten noch stärker. Dieser Trend zeigt auf, dass **auch in andern Herren Ländern und Kontinenten** Chancen für die Schweiz liegen. Man soll das eine tun und das andere nicht lassen. Um Konrad Hummlers Beitrag im Buch² zu paraphrasieren: Man kann als Klassenbester (also die Schweiz) die Schule (also den Kontinenten) nicht leicht wechseln (z.B. hier nach Asien umziehen) - ausser irgendwann komme die freie Schulwahl. Man kann aber gleichwohl mit Schülern anderer Schulhäuser zusammenarbeiten. Think global. Jedoch braucht es dazu vor allem ein gutes Verhältnis zu den Mitschülern; Herausgeber Hummler nennt es eine „intelligente Verzahnung“³.

Braucht es nun bei dieser Ausgangslage einen **EU-Beitritt? Nein**, das braucht es nicht. Mit unserem politischen System der direkten Demokratie und des Föderalismus verfügen wir über institutionelle Säulen, die wir nicht für den Beitritt zu einem übergeordneten multilateralen Gebilde opfern wollen. Der Mehrwert der Mitsprache bliebe zu klein, wie auch Gerhard Schwarz im Buch festhält⁴. Auch punkto liberaler Ordnung und (fast) konsequenter Rechtstaatlichkeit heben wir uns wohltuend von der EU ab, die zudem gleich eine multiple Krise durchlebt, wie wiederum Konrad Hummler in seinem Beitrag auch festhält.

Unsere Aussenpolitik braucht also auf der einen Seite eine selbständige und global ausgerichtete Grundhaltung. Auf der andern Seite brauchen wir gute Beziehungen zu unseren Nachbarn und der EU. Für letzteres haben wir die erwähnte Vielzahl von **bilateralen Verträgen**, von denen zumeist beide Seiten profitieren. Wie jede Nachbarschaft, verlangt auch diese von beiden Seiten einiges ab.

² Ibidem, S. 130.

³ Ibidem, S. 131.

⁴ Ibidem, S. 193.

Lassen Sie mich das noch kurz an zwei Beispielen ausführen:

- Die **Personenfreizügigkeit** steht seit einiger Zeit in der Kritik. Das ist auch verständlich, denn kein europäisches Land (bis auf Luxemburg) ist mit einer ähnlich hohen Zuwanderung konfrontiert. Auf der anderen Seite tragen viele Einwanderer zur Wertschöpfung und zur Innovation in der Schweiz bei, denn sie sind im Durchschnitt gut ausgebildet. Verdrängungseffekte und Lohndruck auf Inländer sind nicht feststellbar. Es bleiben aber migrationsbedingte Herausforderungen. Ein privates Bekenntnis: In diesem Punkt bin ich Anhänger einer Migrationsabgabe, die von Reiner Eichenberger⁵ in diesem Buch einmal mehr präsentiert wurde. Wer weiss, vielleicht lässt sich so eine dereinst realisieren.
- Das zweite Beispiel ist das **Rahmenabkommen**: Ich habe ein gewisses **Verständnis** dafür, dass man nach einem Mechanismus sucht, um gegenüber einem dynamischen Binnenmarktrecht Rechtssicherheit und Vereinbarkeit sicherzustellen. Ein solches Abkommen *kann* vorteilhaft sein, um den Marktzugang zu garantieren. Es macht ja z.B. auch für eines unser besten Exportprodukte - Roger Federer - heute am Abend im US Open Sinn, nach den internationalen Tennisregeln statt nach allfälligen abweichenden denjenigen von Swiss Tennis zu spielen. Doch gibt es staatspolitisch gesehen auch **rote Linien**: Eine automatische Rechtsübernahme ist ebenso problematisch wie ein unmittelbar verbindliches Urteil des EuGH, also des Gerichts einer Seite. Zum Glück haben wir keinen Druck, etwas abzuschliessen. Wir können das Ergebnis, wenn es dereinst vorliegt, sine ira et studio prüfen. Ich plädiere dabei für eine gewisse **Nüchternheit** - weder frühzeitige Verklärung noch Verteufelung dienen der Sache. In Zeiten des Umbruchs, Stichwort „Brexit“, bietet sich auch eine gewisse **strategische Geduld** an - der Ausdruck stammt meines Wissens wiederum von Konrad Hummler.

So kann ich also zum Schluss die Gretchenfrage des heutigen Abends, **ob es eine EU-Nicht-Beitrittsstrategie braucht, einfach beantworten**. Ich meine, wir haben sie schon, wir müssen uns nur klar dazu bekennen. Das beste Mittel

⁵ Ibidem, S. 277 ff.

gegen einen EU-Beitritt sind ausgewogene - also für beide Seiten vorteilhafte - und funktionierende **bilaterale Verträge** auf dem Boden einer selbständigen und selbstbewussten globalen Grundhaltung.

Schliesslich kann ich auch noch die Antwort auf eine aktuelle aussenpolitische Frage aus der Rubrik „Niemand fragt, Politiker antworten“ geben: Nein, ich kandidiere morgen in der Fraktion nicht als neuer Aussenminister.